



Alle Folgen im Überblick

15. April:
Interview: Wolfgang Reinbold zur Offenburger Rolle.

18. April:
Keine Ausnahme: Offenburg war eine Nazi-Hochburg.

22. April:
Zwangsarbeit: Unternehmen in Kriegszeiten

25. April:
Frauen: Wie sie mit dem Kriegsalltag klarkamen.

29. April:
Kriegsschäden: Der Luftangriff und weitere Angriffe.

2. Mai:
Mord: Kurz vor Kriegsende gab es noch ein Massaker.

6. Mai:
Besatzter: Plünderungen nach dem 15. April.

9. Mai:
Wirtschaftswunder: Wachstum und Städtepartner



Jubel für Kriegsheimkehrer in der Hauptstraße von Offenburg: Aus Frankreich heimkehrende Truppenverbände wurden am 23. August 1940 von der Bevölkerung empfangen. Die Geschäfte waren mit Hakenkreuzen beflaggt. Fotos: Stadtarchiv

„Blockwart“ als begehrtes Ehrenamt

OT-Serie zu „75 Jahre Ende Zweiter Weltkrieg“ (2): Der Historiker und Museums- und Archivleiter Wolfgang Gall zeigt die Entwicklung Offenburgs vom völkischen Revanchismus zur liberalen Demokratie auf.

VON WOLFGANG GALL

Offenburg. Gab es im Mai 1945 wirklich eine „Stunde Null“? Ja und nein. Für diejenigen, die die Vernichtung in den Gaskammern überleben konnten, sicherlich, auch wenn sie bis zu ihrem Lebensende mit den schrecklichen Verbrechen, die ihren Familien angetan wurden, zu kämpfen hatten. Für die Anhänger des NS-Regimes war der 8. Mai 1945 eher eine schwarze Stunde. Für die meisten Deutschen begann eine ungewisse Zeit.

Am 15. April, dem Tag des Einmarsches der französischen Truppen in Offenburg, ging das Dritte Reich krachend zu Ende. Die Nazi-Stadtschäufel mit den aus „alten Kämpfern“ bestehenden Bürgermeistertrio Wolfram Rombach, Philipp Nünlist und Friedrich Kraus hatte sich rechtzeitig aus dem Staub gemacht. Ratsschreiber Hermann Isenmann hielt die Stellung und übergab nachmittags zwischen drei und vier Uhr das Rathaus dem französischen Capitaine Dejean.

Also eine „Stunde Null“? Nicht für die Stadtverwaltung. Sie funktionierte einfach weiter. Innerhalb von nur 35 Jahren stand den städtischen Beamten der dritte Regimewechsel bevor. Sie passten sich im Mai 1945 nun der französischen Besatzungsbehörde an. 1935 hatte die Stadtverwaltung 28 Parteigenossen gewissermaßen „als Dankeschön“ in den städtischen Dienst aufnehmen müssen. Das NS-Regime nannte das „Sonderaktion für bewährte Kämpfer um die nationale Erhebung“.

Nur wenige Tage nach dem Einmarsch der Alliierten wurden die „alten Kämpfer“ auf Druck der Alliierten sofort entlassen. Die zahlreichen „Märzgefallenen“, also alle Deutschen, die aus Karrieregründen gleich nach dem Beginn der Reichskanzlerschaft Hitlers in die NSDAP

eintreten wollten, konnten allerdings in den Behörden überwintern. Für sie gab es keine „Stunde Null“.

Waren Historiker wie Ernst Fraenkel 1974 noch der Ansicht, es ließe sich im Dritten Reich zwischen dem „Normenstaat“, dessen Handeln sich an Gesetzen orientierte, und dem NS-Maßnahmenstaat, der sich an politischen Zweckmäßigkeitsüberlegungen ausrichtete, trennen, so zeichnen heutige Forschungen eine andere Realität: Parteiorganisationen, Verbände, staatliche und städtische Verwaltungen arbeiteten Hand in Hand bei der praktischen und rechtlichen Umsetzung der Ausgrenzung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung.

„Bei der Versteigerung jüdischer Mobilien musste man kein Nazi sein, um ein Schnäppchen zu machen.“

Einzelne Finanzämter überboten sich bei der „best practice“ einer effektiveren Ausplünderung jüdischen Vermögens. Am Novemberpogrom in Offenburg am 10. November 1938 beteiligte sich keineswegs nur der nationalsozialistische Mob, sondern auch Gymnasialschüler, Lehrer, einfache Arbeiter und Angestellte. Und bei der Versteigerung von jüdischen Mobilien musste man kein Nationalsozialist sein, um ein Schnäppchen zu ergattern.

Offenburg war fraglos ein Hochburg des NS-Regimes. Dies kam nicht von ungefähr. Zwischen 1923 und 1933 entwickelte sich die Stadt ja sogar zum „Hotspot“ militanter Rechter aus dem gesamten Reichsgebiet, deren völkisch-revanchistische Parolen bei ehemaligen Frontkämpfern und im gebildeten Bürgertum auf äußerst fruchtbaren Boden fielen. Rund 2000 NSDAP-Mitglieder sind dem Stadtarchiv namentlich bekannt. Über 160

von ihnen gehörten der SS bzw. Waffen-SS an. Viele stammten aus der Mitte der Gesellschaft. Rund 1000 Offenburger übten ein Amt in einer der Parteiorganisationen aus. Dies entsprach genau der Anzahl der Offenburger Wahlberechtigten, die von der französischen Besatzung wegen aktiver Unterstützung des Nationalsozialismus von den Gemeinderatswahlen 1946 ausgeschlossen waren. Das entspricht in etwa zehn Prozent der Bevölkerung.

Besonders begehrte war das Ehrenamt des „Blockwarts“, denn es versprach Macht auf kleinem Raum über die Nachbarschaft. Blockwarten war es zu verdanken, dass versteckte Juden oder Oppositionelle ans Messer geliefert wurden.

Zwischen 1945 und 1948 mussten sich alle Offenburger einem Entnazifizierungsverfahren unterziehen, wenige Nationalsozialisten kamen in ein Internierungslager, sehr wenigen wurde der Prozess ge-

macht. Nach der Amnestierung 1949 war alles schlagartig vorbei. Nun war in manchen Behörden der Anteil der NSDAP-Parteigänger sogar noch höher als vor 1945. Ehemalige SS-Männer wurden wieder in den Schuldienst aufgenommen oder wurden Vereinsvorsitzende.

Nach dem Ende der Entnazifizierung, die für viele einen temporären biografischen Einschnitt brachte, vereinte sich das große Heer der Mitläufer und Täter beim Aufbau der frühen Bundesrepublik. Letztendlich wurden sie dazu gezwungen, sich an das von jeher verhasste parlamentarische System anzupassen. Manche begannen, umzudenken, wurden gewissermaßen geläutert, andere pflegten ihre völkischen Ressentiments gegenüber dem westlichen Liberalismus im Stillen weiter. Manche von ihnen erhielten für ihre Verdienste beim Aufbau der Bundesrepublik posthum ein Straßenschild.

Insgesamt kann aus heutiger Sicht von einer erstaunlich friedlichen Anpassungsleistung in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik gesprochen werden. Angesichts der bedrückenden Dominanz der Mitläufer in der bundesdeutschen Gesellschaft konnten die wenigen Deutschen, die sich gegen das Naziregime auflehnten, wenig ausrichten.

Einer von ihnen war der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Ohne dessen hartnäckigen Einsatz wären die Auschwitzprozesse 1963 nicht zustande gekommen. Er legte offen, dass die öffentliche Auseinandersetzung über den Holocaust der Bundesrepublik noch bevorstand, denn die Täter lebten unbescholten „unter uns“.

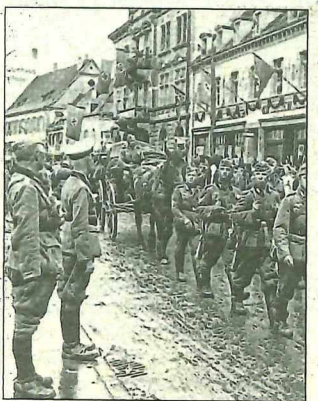
LESEN SIE AM MITTWOCH: Wirtschaft und Zwangsarbeit: Wie das Geschäft für Spinnerei und Weberei während der Kriegszeit aussah

Jugendarbeit als Wegbereitung der NSDAP

Vereins-Unterwanderung

Der Sohn des Regimentsbaurats Anton Witz, ein junger Gymnasiast, 18 Jahre alt, kam Ende August 1926 bei Schießübungen auf den Schießständen bei Rammerweier ums Leben. Eine Kugel traf ihn in den Hinterkopf, der Unglückschütze war dessen Freund Erich Menzer. Zwar bekam der Schlosser Robert Hagen, für die Sicherheit verantwortliches Vereinsmitglied des Kleinkaliberschützenvereins, eine Geldstrafe aufgebürdet, gegen den Schützenverein selbst wurde jedoch nichts unternommen.

Die Durchdringung, Unterwanderung oder Neugründung von Sportvereinen gehörte zur Strategie völkisch-nationaler Gruppierungen, Jugendliche und junge Erwachsene für die eigenen Pläne zu gewinnen. Die eigentlichen Wegbereiter der Offenburger NSDAP waren ehemalige Frontoffiziere, die mit einem klaren strategischen Konzept Jugendarbeit betrieben.



Heimkehrende Soldaten wurden 1940 in Offenburg als Helden gefeiert.

AVIS

En exécution des lois et instructions du Gouvernement Militaire les fonctionnaires et employés mentionnés ci-dessous sont rayés:

1. Binder Norbert, Lohnbuchhalter, Straßburger Str. 45
2. Breig Heinrich, Finanzsekretär, Hildasstraße 26
3. Held Hans, Angestellter, Vogesenstraße 43
4. Hinkel Georg, Geometer, Grabenallee
5. Kalfass Karl, Bauunternehmer, Straßburger Straße 20
6. Menges Gustav, Amtsvolkshüter, Hildasstraße 34
7. Neurohr Willy, Angestellter, Ritterstraße 21
8. Rieder Wilhelm, Angestellter, Hildasstraße 41
9. Roth Heinrich, Bauassistent, Tannweg 24
10. Sänger Wilhelm, Stadtkassenverwalter, Damascheweg 20
11. Schleyer Friedrich, Hausmeister, Zeller Straße 33
12. Schulz Josef, Oberinspektor, Zeller Straße 31
13. Voigt Dr. Hans-Werner, Assistenzarzt, Krankenhaus
14. Zussy Josef, Angestellter, Schallbühlstr. 2
15. Baumann Hildegard, Angestellte, Vogesenstraße 43
16. Hieber Irma, Angestellte, Offenstraße 15
17. Hug Karolina, Angestellte, Fessenbach, Haus Nr. 21
18. Spinner Elisabeth, Angestellte, Gaswerkstraße 28
19. Meixner Elfriede, Angestellte, Wasserstraße 2

Offenburg, le 1er juillet 1945

Le Maire: Hess

Bekanntmachung

In Ausführung der Gesetze u. Anweisungen der Militärregierung sind die nachstehend genannten Beamten und Angestellten aus ihrem Dienst entlassen:

Offenburg, den 1. Juli 1945

Der Bürgermeister: Hess

Im Offenburger Ritterhausmuseum gibt es viele Exponate zum Thema „Zweiter Weltkrieg“. Wolfgang Reinbold, ab 1. Mai Leiter von Museum im Ritterhaus und Archiv, zeigt hier eine Anweisung der französischen Besatzungskräfte in Offenburg aus dem Jahr 1945.

Foto: Ulrich Marx